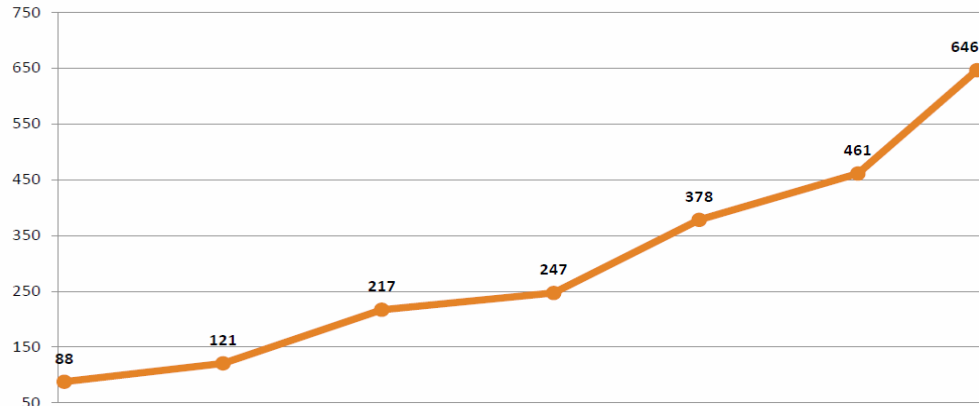


Entwicklung Flüchtlingszahlen

Belegungsentwicklung Dezember 2008 bis September 2014



KOSTEN fürs Flüchtlingswesen 2014/2015:

Neubau in Herrenberg und Malmshelm: 2,4 Millionen Euro
 Asylunterkünfte in Darmsheim, Maichingen und Sindelfingen: min. 3 Millionen
 Mietkosten für Hotels und andere Unterkünfte: ca. 3 Millionen Euro
 Kosten für Betreuungspersonal: 795.000 Euro pro Jahr | Asyl-Sozialhilfe: 3,74 Mio.
 Auch in Ehningen (Mercedesstr. 2) und Magstadt (Oswaldstr.) sind neue Unterkünfte geplant. In verschiedenen Gemeinden wurden ganze Hotels angemietet. In Ehningen wurden schon 30 „Flüchtlinge“ untergebracht und die Politik freut sich: „Das merkt keiner.“

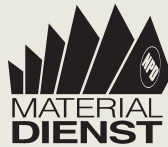
NOCH FRAGEN?

MITMACHEN

- Ich bin an Ihrer Arbeit interessiert. Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationsmaterial zu.
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahren).
- Ich möchte Mitglied der JN werden (ab 14 Jahren).
- Ich möchte die Monatszeitung DEUTSCHE STIMME abonnieren (30,00 EURO für 12 Ausgaben).
www.deutsche-stimme.de



Informieren. Überzeugen. Verändern.
www.npd-materialdienst.de



Name, Vorname	Alter
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
ePost	
Telefon	

- NPD Kreis Böblingen**
Postfach 115, 71043 Sindelfingen
- www.npd-bb.de
www.janus-nowak.de (Facebook)
- 07032 - 89 58 42**
- info@npd-bb.de

V.i.S.d.P.: Janus Nowak, Postfach 115, 71043 Sindelfingen,
 E.i.S. Auflage: 5.000, unregelm. Erscheinung



INFORMATIONEN FÜR MÜNDIGE BÜRGER

UNBEQUEME NACHRICHTEN

aus dem Böblinger Kreistag



NPD-Kreisrat Janus Nowak:

„NEIN zu neuen Asylantenheimen!“

Meine lieben Mitbürger,
 nachdem nun öffentlich bekannt ist, an welchen Standorten die drei neuen Asylbewerberunterkünfte/Flüchtlingsheime gebaut, bzw. angemietet werden sollen, möchte ich Sie über die Entscheidung aufklären, zumal nicht jeder Bürger die Zeitung liest und die Stadt niemanden zusätzlich informiert:

- Sindelfingen: Nußstraße 5 (Miete)**
- Maichingen: Magstadter / Weildderstädter Straße (Neubau)**
- Darmsheim: Hotel „Panda“ (Kauf)**

Als gewähltes Kreistagsmitglied werde ich mich selbstverständlich auch im Kreistag GEGEN die neuen Standorte einsetzen.

Es geht hierbei nicht darum, grundsätzlich gegen Flüchtlinge zu sein, aber wir wissen doch alle - und die Statistiken belegen es - daß hier ECHTE Asylsuchende mit sogenannten Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlingen in einen Topf geworfen werden.

In der Argumentation werden oft auch unsere Landsleute erwähnt, die als Kriegsflüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten aufgenommen werden mußten. Das jedoch ist etwas völlig anderes und es ist ein Hohn, deutsche Vertreibungsoffer mit Asylbetrüggern und Kontingentflüchtlingen aus Syrien gleichzusetzen.

Fakt ist: Die Wirtschaftsflüchtlinge nehmen den echten Flüchtlingen die Plätze weg.

Asylbetrüger, Scheinasylanten und jene, die aus ihrem Land aufgrund krimineller Taten, wie Mord, Raub usw. geflohen sind, gehören sofort abgeschoben!



Würde man NUR die wirklich verfolgten aufnehmen und ihnen Asyl gewähren, dann bräuchten wir die Diskussion um neue Standorte gar nicht. Die offizielle 1,7% Anerkennungsquote bei Asylberechtigten gem. §16 GG sagt eigentlich schon alles! Inkl. Flüchtlingsanerkennung und Duldung sind es gerade einmal 29,1%, die bleiben dürfen.

Aber wußten Sie, daß im Landkreis Böblingen mittlerweile ca. 430 ABGELEHNTE Asylbewerber in kommunaler Unterbringung geduldet werden und Leistungen beziehen?

Es hat sich eben herumgesprochen, daß man hier bleiben darf, auch wenn man nicht wirklich verfolgt wird - und das wird von Tausenden Menschen bewußt ausgenutzt!

Man kann es ihnen ja nicht einmal verbieten, denn die Politik öffnet ja alle Schleusen und wir Bürger müssen es ausbaden.

Damit muß endlich Schluß sein!

Ihr NPD-Kreisrat Janus Nowak

Entscheidungen und Entscheidungsquoten seit 2005 in Jahreszeiträumen

JAHR	ENTSCHEIDUNGEN über Asylanträge												
	insgesamt	SACHENTSCHEIDUNGEN										FORMELLE ENTSCHEIDUNGEN	
		davon Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16 a GG und Familienasyl)	davon Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 Abs. 1 AsylVfG*	davon Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylVfG*	davon Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60 Abs. 5 o. 7 AufenthG*	davon Ablehnungen (unbegründet abgel./ offens. unbegr. abgel.)							
2005	48.102	411 0,9%	2.053 4,3%	71 0,1%	586 1,2%	27.452 57,1%	17.529 36,4%						
2006	30.759	251 0,8%	1.097 3,6%	144 0,5%	459 1,5%	17.781 57,8%	11.027 35,8%						
2007	28.572	304 1,1%	6.893 24,1%	226 0,8%	447 1,6%	12.749 44,6%	7.953 27,8%						
2008	20.817	233 1,1%	7.058 33,9%	126 0,6%	436 2,1%	6.761 32,5%	6.203 29,8%						
2009	28.816	452 1,6%	7.663 26,6%	395 1,4%	1.216 4,2%	11.360 39,4%	7.730 26,8%						
2010	48.187	643 1,3%	7.061 14,7%	548 1,1%	2.143 4,4%	27.255 56,6%	10.537 21,9%						
2011	43.362	652 1,5%	6.446 14,9%	666 1,5%	1.911 4,4%	23.717 54,7%	9.970 23,0%						
2012	61.826	740 1,2%	8.024 13,0%	6.974 11,3%	1.402 2,3%	30.700 49,7%	13.986 22,6%						
2013	80.978	919 1,1%	9.996 12,3%	7.005 8,7%	2.208 2,7%	31.145 38,5%	29.705 36,7%						
Jan-Okt 2014	99.546	1.657 1,7%	20.685 20,8%	4.969 5,0%	1.695 1,7%	32.904 33,1%	37.636 37,8%						

* Rechtsgrundlage für Entscheidungen zu Flüchtlingsschutz, subsidiärem Schutz und Abschiebungsverboten, die bis zum 30.11.2013 getroffen wurden, war § 60 Abs. 1, § 60 Abs. 2, 3 oder 7 S. 2 bzw. § 60 Abs. 5 oder 7 S. 1 AufenthG. Entsprechende Entscheidungen, die ab dem 01.12.2013 getroffen werden, gründen auf § 3 Abs. 1 AsylVfG, § 4 Abs. 1 AsylVfG bzw. § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG.

Der ausführliche Bericht kann hier heruntergeladen werden: <http://tinyurl.com/asyl201410>

Auch Ausländer beschweren sich:

Wie u.a. die Böblinger Kreiszeitung am 04.11.2014 im Zusammenhang mit den jüngsten Vorfällen in der Böblinger Asylbewerberunterkunft „Elsa-Brandström-Straße“ berichtet, haben sich hier seit Jahrzehnten lebende Ausländer dahingehend geäußert, daß sie es für unerträglich halten, wie das Asylrecht von Asylbetrügnern regelrecht ausgehöhlt wird und der Staat tatenlos daneben steht.

„Wir haben überhaupt kein Problem, wenn da Flüchtlinge untergebracht werden, die es nötig haben“, wehrt sich Herr Jamil H. vehement gegen Personen, die mehrfach nach Deutschland einreisen, „um hier den Winter zu verbringen und Sozialleistungen kassieren, dann aber vor der Abschiebung wieder zurückkehren, so daß sie später erneut einreisen können. Da muss der Staat ganz schnell was tun.“

Ärger, Lärm und Polizei

„17 Leute aus Bosnien, Kosovo und Mazedonien, die zum Teil schon zwei oder drei Mal in Deutschland waren, wurden da einquartiert“, schildert Jamil H. die Belegung durch die Behörden. „Die haben keine Rücksicht auf die vorhandenen Bewohner genommen.“

Lärm bis in die Nacht, so daß auch seine drei Kinder kaum schlafen konnten. Die Polizei rückte an, sorgte für Ruhe. In der Waschküche waren alle verfügbaren Wäscheleinen von den Neuankömmlingen belegt - egal wem sie gehörten: „Den Trockner benutzen sie nicht, alles hing voller Wäsche.“ Und der Warmwasserspeicher reichte auch vorne und hinten nicht aus, um alle Bewohner mit warmem Wasser zu versorgen. Für H. unhaltbare Zustände, doch er lief bei den Behörden gegen Wände.

„Rund 20 Prozent der Asylbewerber kommen aus den zu sicheren Herkunftsländern erklärten Staaten des Westbalkans. Da gibt es kaum Chancen auf Asyl, deshalb müssen die Verfahren beschleunigt werden“, mahnte Sozialdezernent im Landratsamt Alfred Schmid in der Kreiszeitung vom 04.11.2014 an.

AUF ZUR TAT!